

# Presseinformation



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh-gruene-fraktion.de

**Nr. 002.21 / 06.01.2021**

## Eltern und Kinder brauchen Unterstützung

Zu den heute vorgestellten Leitlinien für den Schulbetrieb und zur andauernden Schließung der Kitas sagen **Eka von Kalben**, Fraktionsvorsitzende und kitapolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und **Ines Strehlau**, schulpolitische Sprecherin:

Wir sind in Schleswig-Holstein mit unserer 7-Tage-Inzidenz von knapp 80 pro 100.000 Einwohner\*innen immer noch Risikogebiet. Einige Kreise und kreisfreie Städte liegen allerdings deutlich über 100, andere unter dem Durchschnitt. Das Corona-Virus zirkuliert auch bei uns stark. Die Zahlen sind auch wegen der zurückliegenden Feiertage noch nicht ausreichend gefestigt, die Erkenntnisse über den mutierten Virus noch ungenügend. Deshalb ist es richtig, die bundesweit beschlossene Aufhebung des Präsenzunterrichts und auch die Schließung der Kitas bis Ende Januar in Schleswig-Holstein mitzutragen.

**Eka von Kalben**, Fraktionsvorsitzende und kitapolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sagt dazu:

„Niemand wollte, nach den Erfahrungen aus dem Frühjahr, die Familien wieder in eine so schwierige Situation bringen. Sollte das Infektionsgeschehen wieder Lockerungen ermöglichen, dann müssen Kitas und Schulen die ersten sein, die geöffnet werden.“

Für die Öffnungen der Kitas greift erneut unser Stufenplan. Schon seit Dezember gilt die erweiterte Notbetreuung. Das bedeutet, dass auch Kinder mit besonderen pädagogischen Bedarfen in die Betreuung mit aufgenommen werden. Ein Regelbetrieb, wie manche andere Länder es anbieten, schließt finanzielle Hilfen für Eltern nach dem Infektionsschutzgesetz aus. Auch deshalb halten wir unseren Weg für richtig.

Sollte sich Mitte des Monats ein deutlicher Rückgang des Infektionsgeschehen abzeichnen, werden wir uns für eine weitere Öffnung der Kitas einsetzen.

Für die Familien bedeuten die kommenden drei Wochen eine erhebliche Belastung. Es ist deshalb sehr zu begrüßen, dass die Landesregierung den Eltern die Kitabeiträge erlassen wird.

Es ist auch gut, dass die Bundesregierung die Zahl der Kinderkrankentage erhöht. So wie wir es auch in einem Landtagsantrag und einer darauf folgenden Bundesratsinitiative aus Schleswig-Holstein gefordert haben.

Wir hätten es aber richtig gefunden, wenn die MPK auch die Betriebe jenseits von Handel, Gastronomie und Veranstaltungen stärken in die Pflicht genommen hätte, dass diese Eltern z.B. stärker Homeoffice ermöglichen.“

Die schulpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Ines Strehlau**, ergänzt:

„Die Aufhebung der Präsenzpflcht im Dezember war richtig. Und es ist auch jetzt vernünftig, noch nicht wieder mit Präsenzunterricht zu beginnen, solange noch nicht klar ist, wie sich die Familienzusammenkünfte über die Feiertage und die Mutation des Virus auf das Infektionsgeschehen auswirken.“

Seit März ist bei der Digitalisierung an den Schulen viel passiert: Laptops und Tablets wurden angeschafft, Glasfaseranschlüsse und WLAN gelegt, Konzepte für Distanzlernen entwickelt, Lernmanagementsysteme installiert und Fortbildungen zu digitalem Lernen besucht. Jetzt kommt der Praxistest, wie die Konzepte funktionieren. Es wird sicher nicht alles rund laufen, aber besser als im letzten März. Die begleitende Evaluation wird zeigen, wo es noch hakt und wo Verbesserungsbedarf ist.

Wichtig ist, dass Schüler\*innen, die Unterstützung brauchen, diese auch bekommen. Deshalb ist es richtig, die Notbetreuung auch für Schüler\*innen zu öffnen, die zu Hause schlechte Lernbedingungen haben. Das Nutzen von Lernräumen in der Schule ist ein weiterer guter Baustein, um die Bildungsgerechtigkeit beim Distanzlernen zu erhalten.

Lehrkräfte, Schulleitungen, Eltern und Schüler\*innen brauchen aber auch eine Perspektive für die nächsten Wochen. Mit den heute vorgestellten Maßgaben für den Schulbetrieb ab Anfang Februar gibt es nun konkrete Leitlinien für die nächsten Wochen.

Schon länger setzen wir uns dafür ein, dass die Maßgaben an konkrete Inzidenzwerte geknüpft sind, so wie es uns auch von Wissenschaftler\*innen empfohlen und den Gewerkschaften gefordert wird. Das ist wichtig für die Akzeptanz – und schafft Klarheit für Gesundheitsämter und Schulen.

Wichtig ist in unseren Augen aber auch, dass es neben dem Inzidenzwert 50, ab dem zukünftig Wechselunterricht stattfindet, auch einen konkreten Inzidenzwert gibt, ab dem die Schulen komplett in den Distanzunterricht wechseln. Hier werden wir uns noch einmal mit der Bildungsministerin und den Expert\*innen abstimmen.“

\*\*\*